
Ulrich Beck

Die Subpolitik der Globalisierung

Die neue Macht der multinationalen Unternehmen

Prof. Dr. Ulrich Beck, geb. 1944 in Stolp/Pommern, lehrt Soziologie an der Universität München. Er ist Herausgeber der Zeitschrift „Soziale Welt.“

Mit dem Wunderjahr 1989, dem friedlichen Zusammenbruch der Berliner Mauer und des Sowjetimperiums sahen viele das Ende der Politik anbrechen. Man sah sich angekommen in einem Zeitalter jenseits von Sozialismus und Kapitalismus, rechts und links, Emanzipation usw. Inzwischen sind derartige intellektuelle Abschiedsfeste etwas kleinlauter geworden: „Globalisierung“ lautet das neue Zauberwort.

Damit wird nicht nur eine Renaissance marxistischer Argumente und Ideen eingeleitet und eingeläutet. Es fasziniert auch gleichermaßen die Cheftagen der Wirtschaft und der Politik. Denn worauf die neue Rhetorik der Globalisierung (der Wirtschaft, der Märkte, der Arbeitsplatzkonkurrenz, der Produktion, der Waren und Dienstleistungen, der Finanzströme, der Information) auch immer inhaltlich verweisen mag, hervorstechen in jedem Fall die beabsichtigten politischen Nebenfolgen hier und jetzt, welche die Inszenierung des Globalisierungs-Risikos in Gang setzt: Industriegesellschaftliche Institutionen, die politisch gänzlich verschlossen schienen, können „geknackt“ und dem politischen Zugriff geöffnet werden: die Prämissen des Sozialstaates und des Rentensystems, der Sozialhilfe und der Kommunalpolitik, der Infrastrukturpolitik, die organisierte Macht der Gewerkschaften, das überbetriebliche Verhandlungssystem der Tarifautonomie ebenso wie die Staatskosten, das System der Steuern und die „Steuergerechtigkeit“ - alles schmilzt unter der neuen Wüstensonne der Globalisierung in die subpolitische Gestaltbarkeit hinein.

Man kann sagen: Was für die Arbeiterbewegung im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Arbeiter- und Klassenfrage war, ist für die

global agierenden Unternehmen an der Wende ins 21. Jahrhundert die Globalisierungsfrage. Mit dem allerdings wesentlichen Unterschied, daß die Arbeit als *Gegenmacht* agierte, die globalen Unternehmen aber bislang *ohne* (globale) *Gegenmacht* handeln. Warum und in welchem Sinne meint Globalisierung Subpolitik?

Weil die Semantik der Globalisierung es den Unternehmern und ihren Verbänden erlaubt, die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapitalismus aufzuschnüren und zurückzuerobern. „Globalisierung“ ermöglicht, was vielleicht im Kapitalismus latent immer galt, aber durch sein Stadium nationalstaatlich-demokratischer Zähmung verdeckt wurde: daß die global agierenden Unternehmen nicht nur eine Schlüsselrolle in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt innehaben - und sei es auch „nur“ dadurch, daß sie der Gesellschaft die materiellen Ressourcen entziehen (Kapital, Steuern, Arbeitsplätze) können.

Die global agierende Wirtschaft untergräbt die Grundlagen der Nationalökonomie und der Nationalstaaten. Dadurch wird eine Subpolitisierung völlig neuen Ausmaßes und mit unabsehbaren Folgen ausgelöst. Es geht erstens darum, in einer neuen Runde den alten Widersacher „Arbeit“ elegant auf das historische Abstellgleis zu schieben; aber auch und vor allem zweitens darum, den „ideellen Gesamtkapitalisten“, wie Marx den *Staat* nannte, gleichsam zu kündigen; also sich aus den Klammern von Arbeit *und* Staat, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert entstanden sind, zu befreien.

„Alles Ständische, alles Althergebrachte, alles Verknöcherte und Verkrustete verdampft“, hatte Marx schon im „Kommunistischen Manifest“ kaum noch heimlich gejubelt über das revolutionäre Potential des Kapitals. Das „Ständische“ ist jetzt die *sozialstaatliche und gewerkschaftliche Organisation der Arbeit* und „das Verknöcherte und Verkrustete“ sind die *bürokratischen Vorgaben und Steuerschrauben des (National)Staates* usw. Wobei die Eleganz dieser Subrevolution von oben eben begründet liegt in den völlig neuen Dimensionen einer „Sachzwang-Politik“ der Globalisierung.

Denn es ist nicht die Interessenpolitik des Kapitals, sondern die „Globalisierung“, welche diesen bitteren Einschnitt und jene Zäsur erzwingt. Unter den „Gesetzen“ des globalen Marktes muß man im übrigen Nicht-A tun, um A zu erreichen: etwa Arbeitsplätze radikal abschaffen oder auslagern, um Arbeitsplätze zu sichern. Gerade weil Arbeit ausgedünnt werden kann und muß, um Gewinne zu steigern, kehrt sich die gängige Politik unter der Hand in ihr Gegenteil. Wer nun das Wirtschaftswachstum anheizt, *erzeugt* am Ende Arbeitslosigkeit. Wer Steuern senkt, damit die Gewinnchancen steigen, *erzeugt* möglicherweise ebenfalls Arbeitslosigkeit. Die politischen und gesellschaftlichen Paradoxien einer globalen Wirtschaft, die mit „Abbau von Investitionshindernissen“ (sprich: Abbau von ökologischen, gewerkschaftlichen,

sozialstaatlichen etc. Regelungen) gelockt und belohnt werden muß, damit sie immer mehr Arbeit abschafft und auf diese Weise zugleich immer mehr Produkte und Gewinne erzeugt, müssen erst noch wissenschaftlich aufgedeckt und politisch verkraftet werden.

Die Einkommen aus Arbeit sind in Deutschland in den vergangenen zwölf Jahren um real zwei Prozent (eigentlich nicht) gestiegen. Gleichzeitig haben die Einkommen aus Kapital in diesem Zeitraum sozusagen Flügel bekommen und wurden um real fröhliche 59 Prozent gesteigert. Darin drückt sich das neue Gesetz aus, daß in der Kombination von Wissen und Kapital mit immer weniger Arbeit immer mehr produziert werden kann. Damit versagen aber auch die klassischen Instrumente der Umverteilungspolitik (dazu später).

Mit der Subpolitik der Globalisierung wird also erstens eine Attacke eingeleitet, den historischen Kompromiß zwischen Arbeit und Kapital, der die Konfliktdynamik der ersten Moderne stillgelegt hatte, auszuhebeln und umzuschreiben. Es geht letztlich darum, ob Regelungen wie Tarifautonomie, überbetriebliche Arbeitsverträge, Streikrecht usw. noch in das neue Zeitalter „globaler Wirtschaft“ hineinpassen oder ob sie auf die Müllkippe der Geschichte gehören. Mit der Subpolitik der Globalisierung wird also die Büchse der Pandora geöffnet. Globalisierung ist ein anderes Wort für Klassenkampf *von oben* — allerdings unter völlig veränderten Vorzeichen. Streik kann mit „downsizing“, „outsourcing“ und „globalization“ beantwortet werden. Kann der starke Arm des Arbeiters, der noch jedes Rad zum Stillstand bringen konnte, dem Rad in Zukunft nur noch hinterherwinken?

Doch die Subpolitik der Globalisierung zielt nicht nur darauf, die gewerkschaftlichen, sondern auch die *nationalstaatlichen* Fesseln abzustreifen, wenn man so will: die globale Souveränität des Kapitals herzustellen. Man hat im Gespräch mit sogenannten „Topmanagern“ oft den Eindruck, daß sie Marx bestätigen, ohne ihn gelesen zu haben. Denn die Art, wie sie von Politik und Politikern reden, erinnert doch an das klassische Wort vom „Nachtwächter-Staat“, der unter den Bedingungen des neuen Zeitalters ausgedient habe.

Die Globalisierungssemantik zielt also gegen die Repräsentanten der organisierten Arbeitsgesellschaft *und* des Staates. Die Subpolitisierung, die hier geschieht oder betrieben wird, schließt das politische System ein, aber nicht im Sinne einer Er-, sondern Enöächtigung nationalstaatlicher Politik. Die Rhetorik der Wirtschaftsrepräsentanten gegen die demokratisch verfaßte staatliche Politik und ihre Vertreter läßt an Klarheit wenig zu wünschen übrig. Letztlich geht es um das Schleifen des staatlichen Auftrags und Apparates, um die Verwirklichung der marktanarchistischen Utopie des *minimalen* Staates, der - im Umkehrschluß - die Macht dort zu bündeln erlaubt, wo sie durch die eigentlich bewegende Kraft des Kapitals sowieso hingehört: in den Zentren und Agenturen wirtschaftlichen Handelns.

Daß es unter den Fahnen der Globalisierung nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der Politik und dem Staat „ans Fell“ geht, bleibt noch

verborgen. Die Politiker der verschiedenen Parteien, noch überrascht und fasziniert von dem „Institutionen-Weichmacher“ Globalisierung, beginnen erst dunkel zu ahnen, daß sie hier nach dem alten Rezept des alten Marx zum „Totengräber“ ihrer selbst gemacht werden sollen. Auf mich wirkt es lächerlich, wie Politiker nach Markt, Markt und noch mehr Markt rufen und gar nicht bemerken, wie sie sich auf diese Weise den eigenen Lebensnerv abtöten, Geld- und Machthahn zudrehen: Hat man so eine bedenkenlose, fröhliche, blinde Aufführung eines öffentlichen Selbstmordes schon einmal erlebt?

Worauf gründet sich die Macht globaler Subpolitik der Unternehmen? Woraus entsteht, wie vermehrt sich ihr strategisches Potential? Es ist der Zugriff auf die materiellen Lebensadern moderner nationalstaatlicher Gesellschaften, der sich *ohne* Revolution, *ohne* Gesetzes- oder gar Verfassungsänderung, *allein* im Fortgang des Normalen, sozusagen im *business as usual* eröffnet hat: ein klassischer Fall von Subpolitik! Sicher spielt alles das eine entscheidende Rolle, was den übernational agierenden Firmen nun möglich ist:

Sie können erstens *Arbeitsplätze* dahin *exportieren*, wo die Kosten und Auflagen für den Einsatz der Arbeitskräfte möglichst niedrig sind. Sie sind zweitens in der Lage (aufgrund der informationstechnischen Herstellung von Nähe und Nachbarschaft überall auf der Welt), Produkte und Dienstleistungen so zu zerlegen und *arbeitsteilig an verschiedenen Orten der Welt zu erzeugen*, daß nationale und Finnen-Etikette geradezu als Irreführung gelten müssen. Sie sind drittens in der Lage, Nationalstaaten oder einzelne Produktionsorte gegeneinander auszuspielen und auf diese Weise eine Art „*globalen Kuhhandel*“ um die billigsten Steuer- und günstigsten Infrastrukturleistungen zu organisieren; ebenso können sie Nationalstaaten „bestrafen“, wenn sie als „teuer“ oder „investitionsfeindlich“ gelten. Schließlich können sie viertens vor allem auch in dem erzeugten und kontrollierten Dickicht globaler Produktion zwischen *Investitionsort, Produktionsort, Steuerort und Wohnort selbsttätig unterscheiden* und diese gegeneinander ausspielen. Mit dem Resultat: Sie können dort leben und wohnen, wo es am schönsten ist, und dort Steuern zahlen, wo es am billigsten ist.

Wohlgemerkt: alles ohne Eingabe oder Beratung im Parlament, ohne Regierungsbeschluß, ohne Gesetzesveränderung; ja noch nicht einmal eine Debatte in der Öffentlichkeit ist dazu erforderlich. Dies definiert und rechtfertigt den Begriff „Subpolitik“: Die Machtbalance, der Machtvertrag der ersten industriegesellschaftlichen Moderne wird aufgekündigt und - *vorbei* an Regierung und Parlament, Öffentlichkeit und Gerichten - in der *Eigenregie* wirtschaftlichen Handelns umgeschrieben. Der Übergang in die noch nicht ausgehandelte, aber in jedem Fall die gesellschaftlichen Spielregeln neuschreibende Subpolitik der Globalisierung erfolgte auf den *Samtpfoten des Normalen* und mit der Legitimation dessen, was sowieso geschieht: Modernisierung.

Man wird sich die strategischen und Macht-Quellen dieser Globalisierungssubpolitik in Zukunft näher anschauen müssen. Denn sie liegen nur zum Teil in dem, was tatsächlich geschieht. Mehr noch entsteht die Macht der Globalisierer aus dem, was *möglich* wird und damit *angedroht* werden kann. Die Prozentzahlen derjenigen, die tatsächlich schon Arbeitsplätze ins Ausland verlagert haben, ist immer noch sehr viel niedriger - sie liegt bei 12 Prozent in Deutschland 1996 - als die öffentliche Debatte darüber vermuten läßt. Das Machtpotential wirtschaftlicher Globalisierung entsteht wesentlich aus der *Inszenierung der Drohung*: Das Könnte, Müßte, das Wenn-Dann regiert.

Über Bild, Ton und Buchstabe wird dem verschreckten Zeitgenossen nun schon seit geraumer Zeit dargelegt, daß sich eine Bundesrepublik von einem ehemaligen Wirtschaftswunderland in ein Wirtschaftskummerland verwandelt habe. Es gilt inzwischen als gesicherte Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Verteidigungs-Standort Deutschland zu teuer sei und deswegen - so hart kann das Schicksal sein - seine lieben Mitbürgerinnen in die Arbeitslosigkeit entlasse. Man müsse leider auch gleichzeitig die Sozialhilfe kappen, wird mit realistisch gepfeffelter Wehleidigkeit behauptet, weil hier der Mißbrauch wuchere, sowie einige andere Fettpolster der Gesellschaft müßten operativ entfernt werden.

Welch eine Überraschung also, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag vor kurzem meldet, es stimme gar nicht, daß die deutsche Exportwirtschaft Weltmarktanteile verliere. Sie habe im Gegenteil dazugewonnen, nämlich 0.2 Prozent.

Wer die Daten der Pariser OECD heranzieht, wird zwar auch nicht wirklich schlau, findet aber immerhin heraus: Ein Weltmarktanteil, der, wie der deutsche, in nahezu 20 Jahren lediglich zwischen knapp zehn und knapp zwölf Prozent hin- und herschwankt, beweist, daß die Exportwirtschaft, die ihn erzielt, ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahrt hat. Den Kummer verursacht die Frage nach dem Wie. Über vier Millionen registrierter Arbeitslose geben die Antwort.

Das aber heißt: Die alten Spielregeln gelten nicht mehr! Nicht die Schaffung, die Abschaffung von Arbeitsplätzen wird politisch mit dem Wirtschaftswachstum gefördert.

Da der Wirtschaft im Zuge ganz normaler Modernisierung die *Möglichkeit* zugespielt wurde, *einzelnen* Staaten und Gesellschaften die materiellen Lebensadern - Arbeitsplätze, Steuern, Investitionen - ein- oder abzuschneiden, sind Konzerne in der Lage, gesamtgesellschaftlich Druck zu erzeugen und damit Politik zu machen. Das Verhältnis von Nationalstaaten und globalen Unternehmen ist vergleichbar mit dem zwischen Industrieländern und Ölstaaten. Diese können am Ölhahn drehen und damit politisch Druck erzeugen und ausüben. Allerdings ist *dieser* Unterschied auch wesentlich: Die Geldhähne „Arbeit“ und „Steuern“ sind keine natürlichen Ressourcen, sondern solche, die in einem Land durch Investitionen entstehen. Es

ist also zunächst einmal eine Spielart der Risikogesellschaft, aus der die Unternehmen ihre Macht gewinnen, vermehren und ausüben. Nicht (nur) der „tatsächliche Schadensfall“ *erfolgt* Globalisierung, sondern vor allem und schon die *Drohung* damit, das öffentliche Gerede darüber, schürt Ängste, schüchtert ein und zwingt politische und gewerkschaftliche Gegenspieler am Ende vielleicht sogar dazu, in Eigenregie zu vollziehen, was die „Investitionsbereitschaft“ erfordert, um noch Schlimmeres zu verhindern. Mit anderen Worten: Die *semantische Hegemonie*, die öffentlich geschürte *Ideologie* der Globalisierung ist eine entscheidende Machtquelle, aus der die Unternehmens-Seite ihr strategisches Potential bezieht und vermehrt.

Wie schwer diese „Subrevolution von oben“ politisch zu beantworten ist, wird auch an den Widersprüchen „protektionistischer“ Gegenpolitiken deutlich. Ein populärer Autoaufkleber besagt: „Echte Amerikaner kaufen amerikanische Waren!“ Aber ist der aus Mexiko importierte, aus vielen Teilen, die in vielen Ländern der Welt hergestellt wurden, zusammengebaute Chevrolet nun ein „amerikanisches“ Produkt? Wie verhält es sich mit dem in Deutschland von türkischen Arbeitern gebauten Ford, der nach Nigeria exportiert wird? Oder ist der Toyota Camry, der in Amerika entworfen und von Amerikanern hergestellt und vertrieben wird, nun ein „japanisches“ Produkt, das unter das Verdikt des neuen Protektionismus fällt, der sich - in allen politischen Farben schwarz-rot-grün schillernd - jetzt formiert und intellektuell und politisch rmunitioniert? Genau hier zeigt sich die neue Rolle globaler Subpolitik: Die alten Kategorien *und* Institutionen *und* politischen Programme greifen nicht mehr.

Schon jetzt ist erkennbar, daß die wachsende Gruppe der Globalisierungsverlierer durch die Maschen der politischen Wahrnehmung fällt. Hier liegt eine große Chance der Gewerkschaften. Keine Partei in den USA und Europa hat begriffen, wie groß z. B. die private wirtschaftliche Unsicherheit im Leben der *Angestellten* geworden ist - in der Mitte des politischen Spektrums entsteht ein riesengroßes Loch. Diese aktuellen oder potentiellen Globalisierungsverlierer auch in den mittleren oder höheren Etagen der beruflichen Hierarchie streiten nicht mehr um bessere Jobs und höhere Einkommen, Bestandsgarantien für ihren mehr oder minder bescheidenen Wohlstand. Sie sehen sich verlassen und betrogen sowohl von der „rechten“ Politik, weil sie der Globalisierung und ihren Gewinnern in die Tasche arbeitet, aber auch von „linken“ Programmen. Denn Leute, die um ihre wirtschaftliche Zukunft fürchten, brauchen, argumentiert Edward Luttwak, keine politischen Parteien, „die unsichere Einkommen höher besteuern wollen, um denen zu helfen, die nicht arbeiten“.

Globalisierung ist *ein* Beispiel dafür, was ich „*reflexive Modernisierung*“ nenne.¹ Die großen Strukturen und Semantiken nationalstaatlicher Indu-

1 Siehe dazu U. Beck/A. Giddens/S. Lash, *Reflexive Modernisierung - Eine Kontroverse*, Frankfurt/M. 1996.

Striegeseilschaften werden ihrerseits „modernisiert“, d. h. *transformiert*, umgedeutet, umgearbeitet, umgeschrieben, und zwar in einem radikalen Sinne; unterhalb, oberhalb, mit, ohne oder quer zu den ausgeschilderten Agenturen des Wandels erodieren die Selbstverständlichkeiten der industriegesellschaftlichen Moderne, und es beginnt überall, versteckt hinter alten oder im Ausgestalten von neuen Semantiken, ein Aushandeln und Ringen um neue alte Grundlagen (Umbau des Sozialstaates, Souveränitätsverlust des Nationalstaates, „nachhaltige Entwicklung“ etc.).

Modernisierung der Moderne meint also nicht linear zunehmende Rationalität und Kontrolle. Gemeint ist auch nicht unbedingt Wandel durch *mehr* (Experten-)Wissen oder (öffentliche) Diskursivität. Tiefliegende, meist erst mit der Industriegesellschaft entstandene oder von ihr durchgesetzte Routinen und Gewißheiten („Verträge“) verlieren ihre institutionellen Stützen. Das bedeutet: erstens *Unsicherheit*, und zwar eine besondere Art, nämlich „hergestellte Unsicherheit“ (Giddens). Diese wird durch reflexive Modernisierung *erzeugt* und gerade nicht abgebaut oder überwunden.

Zweitens heißt dies eben auch *Subpolitisierung*, außerhalb und innerhalb des politischen Systems, in der Wirtschaft, in Technik und Wissenschaft, in Familie und Vereinen, weil überall die Grundlagen des Handelns im Kleinen wie im Großen neu ausgehandelt oder fundamentalisiert werden müssen. Aber es können auch neue Bündnisse geschmiedet werden, zum Beispiel staatliche Politik *und* Gewerkschaften gegen das neue „kapitalistische Raubrittertum“.

Darin liegt vielleicht eine der markantesten Aussagen der Theorie reflexiver Modernisierung. Es geht gerade nicht nur um die externen Nebenfolgen, sondern um die *internen Nebenfolgen der Nebenfolgen* industriegesellschaftlicher Modernisierung. Diese erzeugen nicht außerhalb („Naturzerstörung“), sondern innerhalb gesellschaftlicher Institutionen Turbulenzen, stellen Gewißheiten in Frage und politisieren die Gesellschaften von innen her.

Gegen die klassische Soziologie gewendet heißt das: Das „eiserne Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber), das die erste Moderne errichtet hat, zerbricht. Mit der Konsequenz: Es öffnen sich meist unfreiwillig, oft ungesehen und ungewollt, neue Handlungschancen in den scheinbar unpolitischen Zentren und Agenturen des Modernisierungsprozesses. Diese bleiben allerdings mehrdeutig und mehrwertig, können also gegensätzlichen Interessen und Akteuren den Weg bereiten. Dennoch gilt: Was manche als Abschied und Auflösung beklagen, könnte tatsächlich in einem Aufbruch in das unentdeckte „Amerika“ der *zweiten Moderne* umgemünzt werden.

Was ist oder könnte die Rolle der Gewerkschaften in diesem Übergang sein? Wir stehen erst am Anfang einer Diskussion, insofern sind vorschnelle Antworten wenig hilfreich. Ich meine aber, man sollte über drei Prinzipien nachdenken und diskutieren:

Erstens: *Die Falle einer bloß protektionistischen Politik, die die alte Ordnung verteidigt, meiden!* Die Gewerkschaften müßten sich auch positiv zu den Herausforderungen globaler Weltprobleme stellen, insbesondere den Fragen: Wie werden Demokratie und soziale Integration jenseits der Erwerbsgesellschaft möglich? Eine Gewerkschaft, die zu einer Art „linkem Adel“ wird, der die Welt nicht mehr versteht und seine angestammten Rechte verteidigt, bietet ein trauriges Bild.

Zweitens: Die Rhetorik der Globalisierung mit den *Fakten* der Globalisierung konfrontieren; zugleich aufzeigen, daß und wie mit der Globalisierungs-Dramaturgie die *Macht-Frage* in der Gesellschaft neu aufgerollt wird. Bündnisse zu Politik und Parteien herstellen, die eigentlich auch zu den Globalisierungsver/zerera gehören.

Drittens: Nicht nur zum Anwalt der Arbeit, Arbeitsgesellschaft (also derjenigen, die Arbeit haben) werden, sondern sich mehr zum Anwalt von (a) Globalisierungsverlierern, (b) von Citizenship - politische Freiheitsrechte - der zweiten Moderne machen. Das schließt die Frage ein: Wie kann Demokratie ermöglicht werden, mit immer weniger zu verteilendem Arbeitsvolumen (s. o.)? Denn das Ausformulieren und Praktizieren von Freiheitsrechten ist *die* Quelle der Legitimität in den Konflikten der zweiten Moderne, in die wir längst hineingeschlittert sind.